

Roderich Kiesewetter MdB

Platz der Republik  
11011 Berlin  
Telefon 030 227-77594  
Telefax 030 227-76594  
roderich.kiesewetter@bundestag.de  
Internet: [www.roderich-kiesewetter.de](http://www.roderich-kiesewetter.de)

Wahlkreisbüro:  
Beinstraße 44  
73430 Aalen  
Telefon 07361 5249 201  
Telefax 07361 5249 202  
[roderich.kiesewetter@wk.bundestag.de](mailto:roderich.kiesewetter@wk.bundestag.de)  
<http://de-de.facebook.com/roderich.kiesewetter>  
<https://de.twitter.com/RKiesewetter>



# Kiesewetter kompakt

01/2013

## „Deutschland weiter auf Wachstumskurs“/ Persönliche Notizen

Regierungserklärung zum Jahreswirtschaftsbericht – Stabilitätsanker in Europa

Gleich zum Jahresbeginn legt die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat turnusgemäß den Jahreswirtschaftsbericht vor. Gemäß dem Gesetz zur Förderung der Stabilität des Wachstums und der Wirtschaft (StWG) hat das bis Ende Januar eines jeden Jahres zu geschehen. Die Bundesregierung stellt darin ihre finanz- und wirtschaftspolitische Strategie dar und gibt Wirtschaft, Tarifpartnern und Öffentlichkeit mit einer Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Orientierungsdaten für das laufende Jahr. Im Jahreswirtschaftsbericht 2013, den Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler in der ersten Sitzungswoche des Deutschen Bundestages im neuen Jahr vorstellte, erwartet die Bundesregierung – nach einem schwachen Winterhalbjahr – eine Wiederaufnahme des Wachstumskurses der deutschen Wirtschaft. Wegen der leichten Konjunkturertrübung zu Beginn des Jahres wird die durchschnittliche Wachstumsrate für 2013 mit 0,4 Prozent jedoch etwas geringer als 2012 ausfallen. Dennoch bleibt die deutsche Volkswirtschaft trotz des schwierigen Umfelds auch 2013 auf Wachstumskurs und damit der Stabilitätsanker in Europa. Nach den Prognosen der Bundesregierung wird aufgrund der positiven Entwicklung der verfügbaren Einkommen die konjunkturelle Dynamik vor allem von der Binnennachfrage getragen. Private Konsumaus-

gaben und private Wohnungsbauinvestitionen spielen eine entscheidende Rolle. 2012 wurde laut Bericht ein Beschäftigungsrekord erreicht: 41,6 Millionen Menschen waren erwerbstätig. Der Lohnzuwachs betrug im Vorjahr 2,5 Prozent, und das Bruttoinlandsprodukt wuchs um 0,75 Prozent. Der deutsche Export erreichte eine neue historische Bestmarke und durchbrach so früh wie nie zuvor die Eine-Billionen-Euro-Schallmauer – und dies trotz der rezessionsbedingten Dämpfung der Ausfuhren in den Euroraum.

Nach der Projektion des Jahreswirtschaftsberichts wird der Beschäftigungsrekord von 2012 im Jahr 2013 noch einmal geringfügig überboten. Die Bundesregierung erwartet, dass die Zahl der Erwerbstätigen 2013 noch einmal um 15.000 Personen zunimmt. Die Arbeitslosigkeit wird voraussichtlich nahezu auf dem Niveau des Vorjahres liegen. Es wird mit einer Arbeitslosenquote von 7,0 Prozent gerechnet. Die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt ist nicht nur auf die gute konjunkturelle Lage zurückzuführen, sondern auch auf die Arbeitsmarktreformen und die moderaten Lohnabschlüsse. Die Bundesregierung hält an ihrem wachstumsfreundlichen Konsolidierungskurs fest. Bürger und Unternehmen werden in diesem Jahr um insgesamt annähernd acht Milliarden Euro ent-

lastet. Für 2014 will die Bundesregierung einen Haushalt ohne strukturelles Defizit aufstellen. Das Ziel der Schuldenbremse – ein strukturelles Defizit von höchstens 0,35 Prozent des BIP – hält die Bundesregierung bereits 2012 ein, also vier Jahre früher als im Grundgesetz vorge-schrieben.

Diese gute Entwicklung dürfe aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass weitere Anstrengungen nötig seien, betonte in der Debatte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Joachim Pfeiffer. Der Vorsitzende des Parlamentskreises Mittelstand, Christian von Stetten, mahnte, über die finanzielle Krisenbewältigungspolitik hinaus nicht die realwirtschaftlichen Reformen zu vernachlässigen. So sei das zentrale Anliegen der christlich-liberalen Koalition, die hohe Wettbewerbsfähigkeit und Widerstandskraft des Wirtschaftsstandorts Deutschland weiter zu stärken. Hier gelte es, mit den bewährten ordnungspolitischen Prinzipien voranzugehen und rot-grünen Plänen für mehr Steuern und eine stärkere Gängelung der Bürger eine klare Absage zu erteilen: „Dies gilt etwa für die von Rot-Grün angedrohte Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die in allererster Linie kleine und mittlere Unternehmen trifft und somit das Fundament von Wohlstand und Beschäftigung in Deutschland gefährdet. Auch mit der Ablehnung des Gesetzes zum Abbau der kalten Progression im Bundesrat hat Rot-Grün sein wahres Gesicht gezeigt“, so von Stetten weiter. Beziehern kleiner und mittlerer Einkommen entgingen dadurch Steuerentlastungen von rund sechs Milliarden Euro im Jahr. Joachim Pfeiffer: „Mit solchen wahltaktischen Spielereien schadet Rot-Grün massiv dem Land und den Bürgern. Demgegenüber steht die christlich-liberale Koalition weiterhin für die verlässliche Doppelstrategie aus Konsolidieren und Wachstum, welche die Grundlage des fort-dauerenden wirtschaftlichen Erfolgs unseres Landes bildet.“

### **50 Jahre Elysée-Vertrag:**

An diesem Mittwoch debattierte der Bundestag über die Zusammenarbeit und die gemeinsame Verantwortung für die Zukunft Europas. Hintergrund dafür ist der vor 50 Jahren, am 22. Januar 1963, abgeschlossene Elysée-Vertrag. Der von

Bundeskanzler Konrad Adenauer und dem französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle unterzeichnete Freundschaftsvertrag gilt als Basis der deutsch-französischen Zusammenarbeit.

Knapp eine Woche vor den Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Elysée-Vertrages haben Vertreter aller Fraktionen die Bedeutung des Abkommens für die Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich und die Entwicklung der Europäischen Union gewürdigt. Das Vertragswerk sei eine "historische Leistung der deutsch-französischen Zusammenarbeit", für den es "Grund zur Dankbarkeit" gebe, lobte der CDU/CSU-Fraktionsvize und Vorsitzende der deutsch-französischen Parlamentariergruppe, Andreas Schockenhoff. Trotz vieler positiver Ergebnisse der deutsch-französischen Kooperation, bleibe "noch viel zu tun", sagte Schockenhoff weiter und verwies unter anderem auf die Schuldenkrise in der Europäischen Union. Dabei stehe das deutsch-französische Paar vor einer "besonderen Bewährungsprobe", sagte er. In der nächsten Woche werden in einer gemeinsamen Sitzung Abgeordnete der Assemblée Nationale und des Deutschen Bundestags eine gemeinsame Erklärung zur deutsch-französischen Zusammenarbeit verabschieden.

### **Regulierung der Finanzmärkte beschlossen:**

Mit Mehrheit der Koalitionsfraktionen wurde an diesem Donnerstag der Antrag von CDU/CSU- und FDP-Fraktion für die Fortsetzung der "schärferen und effektiveren Regulierung der Finanzmärkte" beschlossen, nachdem der Versuch der Opposition, eine Verweisung an die Ausschüsse zu erreichen, in einem Hammelsprung von der Koalitionsmehrheit abgelehnt wurde. In dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, "bei ihren Anstrengungen zur Reform der Finanzmärkte nicht nachzulassen und weiterhin für das Ziel einzutreten, dass kein Finanzmarkt, kein Finanzmarktakteur und kein Finanzmarktprodukt ohne angemessene Regulierung und Aufsicht bleiben darf". Beide Fraktionen bekennen sich zur Schaffung einer europäischen Bankenaufsicht. Dabei müsse aber "Qualität vor Schnelligkeit" gehen. Zu den weiteren Forderungen gehört die Vorlage eines Ge-

setzungsvorschlags zur Sanierung und Abwicklungsplanung von Kreditinstituten. "Banken müssen gesetzlich verpflichtet werden, frühzeitig Sanierungsmaßnahmen zu planen, und die Bankenaufsicht muss verpflichtet werden, Abwicklungspläne für das Scheitern von Sanierungsbemühungen bereitzuhalten", schreiben CDU/CSU- und FDP-Fraktion. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble lehnte einen von den Banken selbst zu speisenden Fonds, so wie von der Opposition beantragt, strikt ab, da die Institute bereits herangezogen worden seien: "Da werden Sie eine dramatische Kreditverknappung für die gesamte europäische Wirtschaft bekommen." Er erinnerte, dass die Krise ihren Ursprung in Amerika und bei Lehman Brothers habe. Daher würden nationale Regelungen nicht funktionieren und auch nicht die „uralten klassenkämpferischen Parolen, als seien nur die Banken an allen Problemen schuld“.

### **Finanzierung der Kleinkinderbetreuung gesichert:**

Nachdem der Bundesrat im Dezember aus parteitaktischen Gründen das Fiskalvertragsgesetz abgelehnt und dadurch verhindert hat, dass die vom Bund für den Krippenausbau zusätzlich zur Verfügung gestellten 580,5 Millionen Euro fließen können, entstand große Planungsunsicherheit bei den Kommunen, den Trägern vor Ort und natürlich auch bei den Eltern kleiner Kinder, die dringend auf einen Betreuungsplatz angewiesen sind. Dieser Zustand wurde in dieser Woche beendet, indem die Koalition die Regelungen erneut auf den Weg gebracht hat. Union und FDP zeigen damit, dass die Kommunen bei der Finanzierung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz nicht im Stich gelassen werden.

„Das Politikversagen des Bundesrates auf dem Rücken der Familien akzeptieren wir nicht“, betonte die familienpolitische Sprecherin der CDU/CDU-Bundestagsfraktion, Dorothee Bär. „Mit der Einbringung des Gesetzes sorgen wir dafür, dass die vom Bund zusätzlich bereitgestellten Mittel schnell verbaut werden können. Im Interesse aller Beteiligten fordern wir die Länder auf, den Ausbau nicht weiter zu verzögern und ihre taktischen Spiele zu beenden.“

### **Zitat:**

«Da ich Protestant bin, habe ich auch ein bisschen Mitleid, und das macht's mir auch noch schwer, auf Sie einzugehen.» (Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble am Donnerstag im Bundestag nach einer Rede von SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück zur Regulierung von Banken und Finanzmärkten)

### **Persönliche Notizen**

#### **1. Wahlkreis und Land**

Über Weihnachten und Silvester konnte ich einige ruhige und besinnliche Tage mit meiner Familie verbringen. Die stimmungsvolle Weihnachtszeit in den schön geschmückten Städten und Orten unserer Region beeindruckt mich immer wieder aufs Neue.

Zwischen den Jahren besuchte ich am 27. Dezember das Redaktionsgebäude der Heidenheimer Zeitung um anschließend bei der Weihnachtsfeier der Jungen Union Heidenheim über den Arabischen Frühling zu sprechen.

Das Wahljahr 2013 begann musikalisch: Mit meiner Frau besuchte ich das bezaubernde Neujahrskonzert in Lauchheim. Der erste große politische Termin war dann der wie immer gut besuchte Neujahrsempfang von Oberbürgermeister Hilsenbek in Ellwangen.

Geärgert haben mich in diesen ersten Tagen des Jahres die unbedachten Äußerungen des Bundestagsvizepräsidenten Thierse zu den Schwaben in Berlin. Ich bekam viele Bürgerbriefe zu diesem Thema. Da ich auch Teilzeit-Schwabe in Berlin bin, verstehe ich den Ärger sehr gut. Für den Erhalt unserer föderalen und regionalen Vielfalt, die einzigartig ist, setze ich mich mit voller Kraft ein. Dies gilt insbesondere für unsere Heimatregion Ostwürttemberg, deren Interessen ich vertrete und für die ich ein Botschafter sein möchte. Das Schüren von Ressentiments und Vorurteilen läuft diesem Ansinnen entgegen, das halte ich ebenfalls für kontraproduktiv. Ich werde Herrn Thierse in den ersten Sitzungswochen im Januar darauf ansprechen.

## Kurznachrichten - Kurznachrichten - Kurznachrichten - Kurznachrichten - Kurznachrichten

Am Freitag, 11. Januar, durfte ich mit vier zehnten Klassen der Realschule Wasseralfingen diskutieren und zuhören, was junge Leute bewegt! Abends gab es dann etwas Zerstreuung bei einer mitreißenden Aufführung von Erich Kästners "Drei Männer im Schnee" in Schrezheim.

Bei der Jahreskonferenz der CDU Baden-Württemberg am letzten Wochenende im Kloster Schöntal herrschte Aufbruchsstimmung! Es gab ausgezeichnete Analysen und Diskussionen mit Hermann Gröhe und Heiner Geißler.

Ein Thema, auf das ich in den letzten Wochen öfter angesprochen wurde, ist die Frage, ob die neue grün-rote Landesregierung nicht zunehmend den ländlichen Raum vernachlässigt. Ich selbst muss im Hinblick auf die hartnäckige Verhinderung des Weiterbaus der B29 sagen, dass ich diese Tendenz auch erkenne. Wir sollten uns angesichts dieses Paradigmen-Wechsels überlegen, wie wir unsere Position gegenüber der Landesregierung stärken können. Neben einer breiten öffentlichen Diskussion, initiiert von der CDU Ellwangen am 11. Januar, habe ich auch ein Interview zu diesem Thema in der Schwäbischen Post gegeben. Das ganze Interview finden Sie [hier](#).

### 2. Berlin

Erster Höhepunkt des Berliner Kalenders war der Neujahrsempfang von Bundespräsident Gauck, dem ich als Präsident des Reservistenverbandes unsere Gelbe Schleife "Tu was für Dein Land" übergab.

In der ersten Januar-Woche gab ich dem Tagespiegel ein Interview zur Rüstungspolitik mit der klaren Aussage: „Wir brauchen unsere Rüstungsindustrie“. Das ganze Interview finden Sie [hier](#).

Am 16. Januar hatte ich einen längeren Termin beim Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder. Gemeinsam mit meinen Kollegen von Arbeitsgruppe Nordafrika haben wir über unsere Dienstreisen berichtet (Libyen-Reise, s. KK 20/2012) und die aktuelle Lage in Nordafrika und in Mali diskutiert. Dass Deutschland die Franzosen schnell unterstützt hat, finde ich ein sehr richtiges Zeichen.

In der kommenden Woche steht die Arbeit im Bundestag ganz unter dem Zeichen der deutsch-französischen Zusammenarbeit, wenn wir in Berlin 50 Jahre Élysée-Vertrag feiern.

Ihr und Euer

